

Knechte der Wirtschaft

Interview: Der Wirtschaftsautor Christian Felber über die weltweite Krise, sein Rezept dagegen und seine Forderung, aus gewinnorientierten Unternehmen gemeinwohlorientierte Unternehmen zu machen.

ff: Herr Felber, Sie sind jetzt fast 37 und wollen immer noch die Welt verbessern. Warum?

Christian Felber: Das Motiv ist immer noch das gleiche wie früher: ein tiefes Gerechtigkeitsempfinden und ein Verbundenheitsgefühl mit der Welt. Und der Wunsch, gelingende Beziehungen zu erleben. Sowohl mit der Natur als auch mit anderen Menschen. Und die dafür passenden Spielregeln zu erstreiten. Ich glaube, dass die Menschen glücklicher und freier wären, wenn sie sich gemeinsam die Spielregeln geben würden, die ihnen das Gelingenlassen von Beziehungen erlauben würden. Ich bin motivierter denn je, weil immer mehr Menschen mitmachen. Vor 20 Jahren war ich noch relativ allein mit meinem Gedankengut und jetzt habe ich eine Organisation mitgegründet, die 4.500 Mitglieder in Österreich zählt. Die jüngste Gruppe, der Unternehmer-Arbeitskreis, wächst auf die 50 Mitglieder zu – und ist noch kein Jahr jung. Ich bin optimistischer denn je, dass ich auch wirklich etwas bewegen werde können.



Christian Felber, Börse in New York: „Wir brauchen demokratische Banken, die die Grundfunktion einer Bank erfüllen: günstige Kredite, sichere Sparkonten, kostenlose Girokonten“

Sie haben ein Buch geschrieben mit 50 Vorschlägen für eine gerechtere Welt. Ist eine solche überhaupt realistisch?

Immer. Das Einzige, das unmöglich ist, ist, dass die Dinge immer so bleiben, wie sie sind. Insbesondere die Regeln für das Zusammenleben. Sonst würden wir heute noch in der Monarchie leben, Frauen dürften nicht wählen und es könnte kein farbiger Mensch an der Spitze der USA stehen. Wir können also – wenn wir wollen – Ungerechtigkeiten beseitigen.

Was sind Ihre Hauptforderungen für eine gerechtere Welt?

Dreierlei. Erstens müssen wir angesichts der Krise von der gewinnorientierten Bank, die global orientiert ist und

auf Fresstour geht, abkommen. So ist zum Beispiel die ehemalige Stadtparkasse von Wien, die gute Dienste erfüllt hat, über den Umweg einer deutschen Bank und der Unicredit jetzt zu einem relevanten Teil im Eigentum des Staates Libyen. Denn der zweitgrößte Aktionär von Unicredit ist Libyen. Das kann doch nicht der Sinn einer Bank sein.

Sondern?

Wir brauchen demokratische Banken. Sie sollen die Grundfunktionen einer Bank erfüllen: möglichst günstige Kredite möglichst unbürokratisch an die klein- und mittelständische Wirtschaft vergeben, si-

chere Sparkonten und kostenlose Girokonten für die Menschen; insbesondere müssen solche Banken durch die Bürgerinnen und Bürger organisiert sein. Das würde Spekulation verhindern und diesen ganzen Wahnsinn, den die globalisierten Finanzmärkte in den vergangenen 15 Jahren entwickelt haben, gäbe es gar nicht. Denn die Grundfunktion von Finanzmärkten ist sehr konservativ, 95 Prozent aller Geschäfte sollten auf der kommunalen Ebene abgewickelt werden.

Ihre zweite Hauptforderung?

Das ist die Begrenzung der Ungleichheiten. Wichtigste Ursache für die Fi-

nanzkrise ist die sprunghaft ansteigende Ungleichheit zwischen Arm und Reich. Die gesellschaftlichen Eliten sind heute unendlich reich und viel zu mächtig geworden. Sie konnten sich das demokratische System erfolgreich aneignen und Spielregeln durchsetzen, die hauptsächlich ihnen nützen und allen ande-

kooperieren. Das nenne ich die Gemeinwohlwirtschaft.

Sie fordern eine neue Wirtschaftsform?

Genau. Sie ist eine Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus. Diese habe ich in „Neue Werte für die Wirtschaft“ beschrieben. Jetzt arbeite ich sie

Und das ist messbar?

Ja. Dafür wird eine Gemeinwohnbilanz erstellt, die neue Hauptbilanz aller Unternehmen. Die Unternehmen mit der besten Gemeinwohnbilanz, sprich die sozial verantwortlichsten, die ökologisch nachhaltigsten, die demokratischsten und solidarischsten Unternehmen hätten



Attac-Protestaktion gegen den Börsengang der Bahn in Deutschland: „Unternehmen sollen nicht länger auf Gewinnstreben und Konkurrenz verpflichtet werden“

ren schaden. Das reicht von der Nichtregulierung von Finanzderivaten bis hin zum blindfreien Kapitalverkehr, der dazu geführt hat, dass die EU den finanziellen Giftmüll, der in den USA produziert wurde, importieren musste. Denn es wäre vertragswidrig gewesen, diesem Giftmüll die Einreise zu verweigern.

Und drittens?

Das Wichtigste wäre, dass Unternehmen nicht länger auf Gewinnstreben verpflichtet werden und einander konkurrenzieren. Sie müssten auf das Gemeinwohl verpflichtet werden und

mit zwei Dutzend Unternehmern und Unternehmerinnen aus. Die wichtigste Innovation ist, dass die Hauptbilanz von Unternehmen nicht mehr die Finanzbilanz ist. Denn sonst werden die Unternehmen gezwungen – durch die Systemdynamik, durch die Konkurrenz – den Gewinn zu maximieren. Sonst kann man nicht bestehen im Wettbewerb. Die Unternehmen sollen stattdessen zur Kooperation angereizt und für gelingende Kooperation belohnt werden. Allerdings dient die Kooperation nicht dem eigenen Wohl, sondern sie dient dem Gemeinwohl.

es dann am leichtesten, weil sie systematisch Vorteile erhielten. Sie würden die geringsten Steuern zahlen, die geringsten Zolltarife, sie würden die günstigsten Kredite erhalten und Vorrang bei der öffentlichsten Auftragsvergabe genießen.

Also soziale Marktwirtschaft ade?

Systematisch gesprochen ist es immer noch eine Form der Marktwirtschaft, weil es privates Eigentum und private Unternehmen gibt. Allerdings nur bis zu einer gewissen Größe. Also Eigentum ist gut, jedoch nicht absolut wie heute. Sonst kann einer 10 Milliarden Euro besitzen und den Staat kaufen und andere

beherrschen. Privates Eigentum darf nur so groß werden, dass es keine Gefahr für die Demokratie und die Freiheit anderer darstellt. Das ist ein urliberales Kriterium. In diesem Sinne gibt es private Unternehmen, aber in meiner Analyse wird die freie Marktwirtschaft in dem Moment zu einer unfreien Marktwirtschaft, in dem die privaten Unternehmen als oberstes Ziel Finanzgewinn anstreben. Dadurch werden sie egoistisch. Und wenn sich alle egoistisch verhalten, dann übervorteilen sie diejenigen, die ein bisschen weniger mächtig sind als die anderen. Da beginnen sie deren menschliche Würde zu verletzen, die Umwelt zu zerstören, die Ungleichheiten zu fördern und die Demokratie zu untergraben. Daher schlage ich als neues Ziel für private Unternehmen Gemeinwohlstreben statt Gewinnstreben vor. Auch darin kann sich die Freiheit entfalten.

Sie wollen das Eigentumsrecht begrenzen?

Ja. Wer zu reich wird, wird zu mächtig. Das verletzt das Prinzip der Gewaltentrennung. Niemand darf zu mächtig werden, daher sind seit dem Beginn der Demokratie Legislative, Exekutive und Judikative aufgeteilt. Das ist selbstverständlich. Aber heute ist die Macht in der Wirtschaft sehr viel größer konzentriert als in der Politik und wir haben vergessen, dieses demokratische Grundprinzip auch auf die Wirtschaft zu übertragen. Mein Vorschlag ist: Privateigentum bis zu 10 Millionen Euro, mehr geht nicht. Sonst werden die einen im Verhältnis zu den anderen zu mächtig.

Vor zwei Wochen sagte der Comboni-Missionar Bruno Haspinger im ff-Interview, unser Wohlstand beruhe auf der Ausbeutung der Entwicklungsländer ...

Das ist ein historisches Faktum. Alles, was wir an Wohlstand erarbeitet haben, beruht auf einem dreifachen Ressourcentransfer aus den armen Ländern. Zunächst waren es menschliche Sklaven, die den westlichen Wohlstand ermöglicht haben. Zweitens ist es bis heute ein gigantischer Transfer von Rohstoffen. Die 20 Prozent der Menschheit, die in den Industrieländern leben, verbrauchen

„Privateigentum sollte auf maximal 10 Millionen Euro begrenzt werden.“

Christian Felber

heute immer noch ungefähr zwei Drittel aller globalen Ressourcen. Das ist ein Lebensstil, der nie und nimmer globalisierbar wäre. Drittens das Kapital. Seit 1984 transferieren die armen Länder über den Verschuldungs- und Zinsmechanismus netto Kapital in die westliche Welt. Das ist ein dreifacher Ausbeutungsmechanismus. Und was jetzt aktuell dazukommt, ist, dass die reichen Länder, weil sie mächtiger sind als die armen Länder, die globalen Spielregeln für das Wirtschaften gemacht haben. Die armen Länder sind gezwungen, diesen Spielregeln zu folgen.

Der Anlass



Christian Felber war vergangene Woche auf Einladung mehrerer Organisationen auf Vortragstour in Südtirol. Felber, Jahrgang 1972, ist einer der Mitbegründer von Attac (Österreich), eine internationale Bewegung, die sich für „eine demokratisch und sozial gerechte Gestaltung der globalen Wirtschaft“ einsetzt. Seit Februar 2009 gibt es Attac auch in Südtirol (www.attac.bz.it). Felber hat in Wien und Madrid Romanische Philologie, Spanisch, Politikwissenschaft, Psychologie und Soziologie studiert. Heute lebt er in Wien, hält Vorträge, publiziert Bücher (unter anderem „Kooperation statt Konkurrenz“, „50 Vorschläge für eine gerechtere Welt“, „Neue Werte für die Wirtschaft“), unterrichtet an der Wirtschaftsuni Wien und widmet sich zeitgenössischem Tanz. Zur aktuellen Krise sagt er: „Die erste Krebskur hat angeschlagen. Jetzt kommen aber erst die Metastasen. Die Arbeitslosigkeit wird weiter klettern, die soziale Krise und die Verteilungskämpfe beginnen erst.“

Was hat das für Folgen?

Das führt zu so schönen Dingen, wie dass gerade ein italienischer Konzern gegen die südafrikanische Regierung vor einem globalen Gericht Klage einreichen kann. Und zwar deshalb, weil die südafrikanische Regierung ein Antidiskriminierungsgesetz erlassen hat. Es schreibt vor, dass im Bergbausektor in den Managementtagen zumindest 40 Prozent farbige Menschen sein müssen – bei einem farbigen Anteil der Bevölkerung von 90 Prozent. Der Konzern hat die Rechtsgrundlage, dass er von Südafrika nicht nur fordern kann, das Gesetz zurückzunehmen, sondern auch noch Schadenersatz in Milliardenhöhe fordern kann. Das bezeichne ich als „rechtliche Ausbeutung“ und ist eine vierte Form der Ausbeutung.

Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen wollte bereits 2003 einen Pflichtenkatalog für transnationale Konzerne einführen ...

Genau. Darin werden sie verpflichtet, Menschenrechts-, Arbeits-, Sozial-, Gesundheits-, Transparenz-, Antikorrupptions- und Umweltstandards verbindlich und einklagbar einzuhalten. Dafür sollten auch globale Gerichte geschaffen werden. Damit aus einer Rechtsasymmetrie eine Rechtssymmetrie wird. Es muss eine Gleichheit von Rechten und Pflichten für alle da sein. Im Pflichtenkatalog steht auch drinnen, dass die transnationalen Konzerne bis zum Ende der Zulieferkette verantwortlich sind. Wenn für alle die gleichen Spielregeln gelten, kann sich niemand auf einen Wettbewerbsnachteil hinausreden.

Warum wird dieser Pflichtenkatalog nicht angewandt?

Weil weltweite Konzernverbände wie die Internationale Handelskammer oder die Internationale Arbeitgeberorganisation die Regierungen der westlichen Welt „ersucht“ haben, diese Abkommen nicht zu ratifizieren. Hier sieht man deutlich, dass die Wirtschaft dem Menschen nicht dient, sondern ihn knechtet. Daher muss man sie künftig als Instrument organisieren, damit aus den bisher egoistischen Unternehmen gemeinwohlorientierte Unternehmen werden.

Interview: Karl Hinterwaldner